

Vom Kaiserreich zur Republik. Eine Biographie

Jürgen D. Kruse-Jarres, Stresemann-Gesellschaft 28.9.2007

Für einen Historiker ist ein Konjunktiv bekanntlich ein Sakrileg. Dennoch erlaube ich mir als Nicht-Historiker und argloser Biograph einleitend zwei Fragen zu stellen, die einen solchen Konjunktiv beinhalten:

Was wäre geworden, wenn 1925 der Reichsblock fest zusammen gestanden hätte und bereits im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl die durchaus mögliche absolute Mehrheit erreicht hätte?

und

Was wäre geworden, wenn es Admiral von Tirpitz nicht gelungen wäre, am 7. April 1925 in letzter Minute den greisen Generalfeldmarschall von Hindenburg von seinem Entschluss abzubringen, sich weiterhin für Karl Jarres als Kandidaten des Reichsblocks einzusetzen und auf eine eigene Kandidatur zu verzichten?

Wer war dieser heute relativ unbekannt Kandidat Karl Jarres, der seinerzeit allseits hohes Ansehen als Duisburger Oberbürgermeister besaß und daher von der Deutschen Volkspartei aufgestellt wurde, um die Nachfolge Friedrich Eberts als Reichspräsident anzutreten?

I.

Lassen Sie mich mit Karl Jarres' eigenen Worten beginnen:

„Mein Elternhaus steht im Bergischen Land, jenem Teil der Rheinprovinz, wo sich der frische und frohe Sinn der Franken mit der kernigen und knorrigen Art der Niedersachsen glücklich vereint. Man sagt den Söhnen des Bergischen Landes nach, dass sie offenen Auges durch die Welt gehen, sich ohne Befangenheit und ohne Voreingenommenheit ihr Urteil über Menschen und Dinge bilden, und dass sie der Moltkeschen Forderung nachleben: Mehr sein als scheinen! Seit Generationen wohnt dort meine Familie und hat mir Treue zur Heimat, zu Volk und Vaterland, Pietät für die Vergangenheit, Verständnis für den gesunden Fortschritt als bestes Vermächtnis vererbt. Es war immer mein Streben, mir von diesen Wesenszügen meiner rheinischen Stammesart einen bescheidenen Teil zu erhalten und auszubilden.“ So beschreibt Karl Jarres die Wurzeln seiner Herkunft und die Quelle für seine Lebenskraft, die ihn in äußerst wechselvollen Zeiten seines 77-jährigen Lebens stützen sollte.¹

Karl Jarres kam als zweites von 5 Kindern 1874 im bergischen Remscheid zur Welt. Remscheid war seinerzeit einer der wichtigsten Standorte der deutschen Werkzeugindustrie und beherbergte in seiner Stadt viele Arbeiter zur Herstellung von feinmechanischen Instrumenten z.B. für Uhrmacher, Geodäsie, Navigation, Chirurgie oder Gold- und Silberschmiede.

Jarres erfreute sich im Elternhaus einer behüteten und erfreulichen Jugend und genoss, geprägt durch hervorragende Lehrer, einen ausgezeichneten Unterricht, der die Grundlage für seine universale Bildung und sein phänomenales Gedächtnis werden sollte. Nach dem Abitur folgten Jahre des Jurastudiums an den Universitäten London, Paris, Bonn und Berlin.

In Bonn schloss sich Jarres der Burschenschaft Bonner Alemannia an. Er war von dem nationalliberalen und sozialen Bewusstsein der Deutschen Burschenschaft äußerst beeindruckt und wurde durch eine mehrsemestrige Zugehörigkeit in seiner Persönlichkeit nachhaltig geprägt. Dieser Geist lebte in ihm zeit seines Lebens. Es war weder Zufall noch argloser Zeitvertreib, sondern innere Wesensverwandtschaft, die ihn ein engagiertes Mitglied der Bonner Alemannen werden ließ.

Nach dem Staatsexamen und der Referendarzeit folgte als erste berufliche Station mit 28 Jahren die Position als Beigeordneter der Stadt Düren. Im Alter von 33 Jahren wurde er dann in Köln zum Beigeordneten und nach weiteren 2½ Jahren zum Oberbürgermeister seiner Heimatstadt Remscheid gewählt.

II.

Nach vierjähriger Tätigkeit in Remscheid brachten die offensichtlichen Erfolge seiner kommunalpolitischen Arbeit dann dem 40-Jährigen die Berufung zum Oberbürgermeister in Duisburg ein. Diese neue und wesentlich bedeutendere Aufgabe in einer sich rasant entwickelnden Industrie- und Handelsstadt reizte ihn sehr. Die Stadt war schon damals wichtiger Mittelpunkt des niederrheinischen Schifffahrts- und Eisenbahnverkehrs und als solcher ein wichtiges Portal für das stark expandierende Ruhrgebiet.

Doch kaum dass sich Jarres mit den spezifischen Verhältnissen Duisburgs ausreichend vertraut machen konnte, brach der erste Weltkrieg aus. Der britische Außenminister Edward Grey bezeichnete diesen Tag zu Recht als den „Tag, an welchem in ganz Europa die Lichter ausgingen“.

Für Deutschland löste dies eine überstürzte allgemeine Mobilmachung aus, d.h. für den wachsenden Industriestandort Duisburg war dies ein in die Tausende gehender, unvorhergesehener Verlust an Arbeitskräften. Allein der Bergbau verlor in den ersten Kriegsmonaten 62% seiner Belegschaft durch Einberufung zum Militär.

Zu einer solchen kriegsbedingten Rationierung der Versorgung kam unglücklicherweise noch eine naturbedingte Unterernährung, die auf verheerende Missernten der Jahre 1916 und 1917 und zwei extrem harte Winter zurückzuführen war. Dies bedeutete für die Bevölkerung eine Einschränkung auf ein absolutes Minimum der Grundversorgung. Vor allem bei den Schwerarbeitern nahm die Unterernährung beängstigende Formen an. Steckrüben und gelegentlich einmal Kartoffeln genügten nicht, um die gesundheitliche Widerstandskraft der Bevölkerung bei ihrer körperlich harten Arbeit im Industriegebiet zu stützen. Volkserkrankungen wie Tuberkulose, Typhus und tödliche Infektionserkrankungen breiteten sich in erschreckendem Maß aus. Die Sterbeziffer überstieg die Geburtenrate erheblich, wobei die Säuglingssterblichkeit damals noch bei 18% lag. Die Versorgungslage rheinischer Industriestädte verschlimmerte sich zudem noch dadurch, dass England eine Seeblockade verhängte, wodurch die Zufuhr von Rohstoffen erheblich eingeschränkt wurde.

Angesichts dieser äußerst schwierigen sozialpolitischen Situation konnte sich die rheinische Industrie und insbesondere die Duisburger Stahlindustrie nur aufgrund von Anforderungen der Kriegswirtschaft in gewisser Weise über Wasser halten. Die Mobilisierung und der dadurch ausgelöste Schwund an Arbeitern und Fachkräften sowie die durch den illegitimen Einmarsch in Belgien bedingten Einbußen der Kohlenförderung an Belgien führten zu erheblichen konjunkturellen Beeinträchtigungen; dies wurde im Ruhrgebiet z.T. durch den Einsatz von Frauen im Übertagebetrieb kompensiert, die damals nur 20-50% des Arbeitslohns ihrer männlichen Kollegen bekamen. Außerdem wurden Kriegsgefangene im Bergbau eingesetzt. Auf diese Weise konnte zumindest die Kapazität der Montanindustrie annähernd aufrechterhalten werden. Die Produktion nach vier Kriegsjahren erreichte nur noch 42% des Vorkriegsniveaus.²

Dass die Industriestadt Duisburg mit ihrer überwiegend werktätigen Bevölkerung und den besonderen Problemen der Schwerindustrie die prekäre Versorgungssituation einigermaßen erträglich über die Kriegszeit hinweg überstand, war u.a. dem Organisationstalent und Verhandlungsgeschick ihres betriebsamen Oberbürgermeisters zu verdanken. Ausschlaggebend waren vor allem seine regelmäßigen Kontakte mit den Duisburger

Arbeiterführern und den Vertretern aller Parteirichtungen, durch welche er Entscheidungen auf eine breite Basis stellen und sich in der gesamten Bevölkerung entsprechenden Rückhalt verschaffen konnte. Seine sichere und geschickte Führung unter außergewöhnlich schwierigen Bedingungen fand auch jenseits der regionalen Grenzen Respekt und Anerkennung. Dies war auch der Grund, weswegen er wiederholt Rufe auf die Oberbürgermeister-Position anderer Städte wie Essen, Düsseldorf, Frankfurt und Berlin erhielt, jedoch stets in Treue zu „seinem“ Duisburg ablehnte, das er „in schweren Zeiten nicht verlassen könne“.

Das Ende des Krieges bestand nicht nur in einer folgenschweren Niederlage mit maßlosen Demütigungen, sondern bedeutete den Zusammenbruch der Monarchie und vor allem einen abrupten politischen und gesellschaftlichen Umschwung. Dies erforderte unversehens schnell eine Standortbestimmung aller Gesellschaftsschichten, zu der vor allem die politischen Parteien aufgerufen waren. Diese jedoch schienen merkwürdigerweise auf einen solchen Umschwung völlig unzureichend vorbereitet zu sein. Paralyse einerseits, Hyperkinetik andererseits versinnbildlichten insgesamt die allgemeine Konfusion. Einem unvermeidlichen Chaos waren die Pforten geöffnet.

III.

Das Deutsche Reich steuerte zu Beginn einer Serie verhängnisvoller Ereignisse zunächst in eine seiner schwersten Krisen, die Spartakus-Aufstände. Infolge großer Orientierungslosigkeit und unüberwindbarer innerer Gegensätze der politischen Kräfte drohte dem Deutschen Reich, vor allem aber den Wirtschaftszentren an Rhein und Ruhr eine Anarchie.

Am 9. November 1918, dem Tag an dem Kaiser Wilhelm II. abdankte, Philipp Scheidemann, der Führer der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag, in Berlin die Republik ausrief und Matthias Erzberger im Wald von Compiègne den Waffenstillstand verhandelte, gelangten Revolutionäre, die eine radikale sozialistische Demokratie nach dem Räte-system forderten, auch nach Duisburg und riefen vor dem Rathaus den Sieg des Proletariats aus.

Oberbürgermeister Jarres gelang es zunächst, den Arbeiter- und Soldatenrat in einen sog. „Aktionsausschuss“ einzubinden und durch geschickte Hinhaltenaktik bei Verhandlungen über die schwierige Versorgungslage auf beratende Tätigkeiten zu beschränken. „Wir können miteinander Skat spielen, aber regieren lasst mich allein, das habe ich ge-

lernt.“ Erstaunlicherweise beeindruckte dies. Infolge seines geschickten Verhandlungstalents gelang es Jarres, gemeinsam mit den gemäßigten Genossen des Arbeiterrates groteske Forderungen der Radikalen so energisch abzulehnen, dass diese verunsichert wurden und Gewalt zunächst weder androhten noch ausübten.

Drei Monate ging dies gut. Dann jedoch kam es zur Februarrevolte 1919, in welcher offensichtlich viele zusätzlich eingeschleuste, fremde Elemente die Menge gegen die Stadtverwaltung aufwiegelten. Der fanatisierte Pöbel drang in das Rathaus, misshandelte den Oberbürgermeister und zerrte ihn auf den Rathausplatz, klemmte dem Wehrlosen eine rote Fahne unter den Arm und zog in wildem Marsch mit ihm durch die Stadt zu seiner Wohnung, wo man nach gründlicher Hausdurchsuchung endlich von ihm abließ. Jarres jedoch blieb trotz aller Drohungen und Erniedrigungen standhaft und gab den Forderungen nach Freigabe der Stadtkasse nicht nach. In einer anschließenden Massenversammlung distanzierte sich die gemäßigte Arbeiterschaft eindeutig von den Zielen und Tätigkeiten der offensichtlich von außen eingeschleusten Kommunisten.

Danach kehrte für eine Weile relative Ruhe ein, doch es war die Ruhe vor einem neuen, nicht minder heftigen Sturm. Provoziert durch den Kapp-Putsch, brachen die Agitationen Linksradikaler nun erst recht offen los und führten diesmal zu schwerem Blutvergießen.

Wenn auch der Kapp-Putsch bereits nach 4 Tagen infolge eines Generalstreiks scheiterte, so fand doch das rechtsradikale Lager in vielen Gebieten, so auch im Ruhrgebiet, bei örtlichen Freikorps und vielen Bürgerwehren Zustimmung und Kooperationsbereitschaft. Gegen sie formierte sich im gesamten Ruhrgebiet eine „Rote Arbeiterarmee“ mit über 50.000 Mann, die sich den rechtsradikalen Freikorps und den mit ihnen sympathisierenden Einwohnerwehren entgegenstellte. Schwere Kämpfe erforderten viele Tote und Verletzte. In diesen Märzunruhen des Jahres 1920 versuchten wilde Horden in Duisburg erneut das Rathaus zu stürmen. Es kam zu heftigen Gefechten zwischen Polizei und Sicherheitswehr einerseits und einer wild gestikulierenden, gefährlich brodelnden Menge andererseits. Erst nach einer für die Rebellen verlustreichen Schießerei lösten sich die Massen panikartig auf.

Im Zeichen einer Diktatur des Proletariats bildete sich sodann ein Arbeiterrat, der in einer Proklamation die Beschlagnahme aller Bankdepots und der nicht rationierten Lebensmittel verkündete, außerdem eine Pressezensur, die Entlassung der Polizei und deren Ersatz durch eine revolutionäre Volkswehr. Zuwiderhandlungen wurde mit standesrechtlicher Erschießung gedroht. Der Oberbürgermeister wurde für abgesetzt erklärt.

Ihm wurde in einem Tribunal „Anstiftung zum Massenmord“ vorgeworfen und erneut die Herausgabe von Geldern für Löhne der Roten Armee verlangt. Trotz aller Drohungen und Misshandlungen lehnte Jarres dies strikt ab. Er entzog sich einer Festnahme und drohenden Exekution durch Verlagerung seiner Amtsgeschäfte in das alte Rathaus des Duisburger Stadtteils Ruhrort, wo er paradoxerweise unter dem Schutz der belgischen Besatzer vor den linksradikalen Revolutionären in gewisser Sicherheit war.

Duisburg war im Ausnahmezustand. Es bestand der Zustand allgemeiner Willkür und Rechtlosigkeit.³ Erst am Karfreitag 1920 rückten dann endlich nach Zustimmung der Alliierten militärische Truppen der Reichswehr ein und lieferten sich mit der marodierenden revolutionären Roten Arbeiterarmee blutige Kämpfe. Nur so konnten Ruhe und Ordnung unter dem Schutz der Reichswehr zu Ostern wieder hergestellt werden und nach diesen stürmischen Jahren in den besonders hart getroffen Kommunen des Rheinlandes und des Ruhrgebietes eine längere Phase der Beruhigung eintreten. Allerdings nur bis zum Jahr 1923. Es sollte erneut eine gespannte Ruhe vor einem anderen, nicht minder stürmischen Unwetter sein.

IV.

Durch den Versailler Vertrag war die deutsche Reichsregierung von den Siegermächten mit äußerster Härte zu nicht erfüllbaren Reparationsleistungen verurteilt worden. Als Reaktion auf die Ablehnung der unakzeptablen Forderungen verhängten die Alliierten, allen voran Frankreich, erste Sanktionen: Bereits im Januar 1921 waren die ersten französischen Kompanien auf dem besetzten linken Rheinufer an der Grenze zum Ruhrgebiet aufmarschiert. Sie hatten laut Friedensvertrag das Recht, das linke Rheinufer als Bürgschaft für die Durchführung des Friedensvertrags bis zu 15 Jahren zu besetzen; allerdings unter der Zusicherung, die politischen, rechtlichen, administrativen, wirtschaftlichen und Beziehungen und den Verkehr zwischen den besetzten und unbesetzten Gebieten nicht zu beeinträchtigen.

Als der Reparationsausschuss Ende 1922 die Nichterfüllung der im Versailler Vertrag auferlegten Kohle- und Holzlieferungen monierte, marschierten Frankreich und Belgien trotz Vermittlungsversuchen Englands und der USA kurzerhand im Januar 1923 mit fünf Divisionen in das Ruhrgebiet ein, griff damit eindeutig in deutsche Hoheitsrechte ein und verletzte widerrechtlich vertragliche Bestimmungen. Dies war der Beginn des sog. „Ruhrkampfes“.

Oberbürgermeister Jarres wurde nach „feierlichem Protest gegen den völkerrechtswidrigen Akt“ von den Besatzungsbehörden für abgesetzt erklärt und aus dem besetzten Rheinland in das unbesetzte Westfalen deportiert. Er protestierte mit den Worten: „Keiner Macht der Erde kann ich das Recht zugestehen, mich aus meiner rheinischen Heimat, in der ich fest verwurzelt bin und wichtige Aufgaben zu erfüllen habe, gegen meinen Willen zu entfernen. Ich darf und werde deshalb Ihrem Ausweisungsbefehl keine Folge leisten.“⁴ Noch in der folgenden Nacht kehrte er nach Duisburg zurück und nahm in aller Öffentlichkeit seinen Dienst im Duisburger Rathaus wieder auf. Daraufhin wurde er kurzerhand von belgischen Offizieren verhaftet, in ein Aachener Gefängnis gebracht und von einem belgischen Appellationsgericht zu zweimonatiger Haft verurteilt.

V.

In das besetzte Rhein-Ruhr-Gebiet, für das die Regierung Cuno inzwischen den „passiven Widerstand“ ausgerufen hatte, durfte Jarres auf Grund seiner Ausweisung für unbestimmte Zeit nicht zurückkehren. Er arbeitete zunächst für einige Monate als Verbindungsmann der Reichskanzlei zum besetzten Rheinland im unbesetzten westfälischen Münster und unterstützte von dort aus in einem sog. Abwehrausschuss den passiven Widerstand im Rheinland.

Doch leider erwies sich spätestens Ende August 1923, dass die Zeit für ein wirksames Vorgehen auf der Basis eines passiven Widerstands bereits verpasst war; der Truppenschutz und die Gegenmaßnahmen der Besatzer waren inzwischen zu gut organisiert, als dass vitale Punkte noch hätten getroffen werden können. Außerdem wurde die finanzielle Belastung für das Reich durch die steigenden Subventionen für die ruhende Industrie unerträglich und die Kampfmoral ließ sichtlich nach. Es ergab sich - was von Anfang an zu befürchten war -, dass der Widerstand zu allgemein und zu breit angelegt war.

Über die Art seiner Einstellung gingen die Meinungen deutlich auseinander. Jarres glaubte nicht an ein Einlenken Frankreichs im Falle einer Einstellung des passiven Widerstands. Er sprach sich daher eindeutig gegen eine offizielle Beendigung aus. Er war überzeugt, dass sich Frankreich und sein kompromissloser Ministerpräsident Raymond Poincaré mit Deutschland niemals an einen Verhandlungstisch setzen würden. Außerdem wies er darauf hin, dass Poincaré bei einer Beendigung des passiven Widerstands unverzüglich zu einer Revanche vergleichbaren Ausmaßes übergehen werde, um das Rheinland völlig mürbe zu machen.

Jarres vertrat vielmehr einen taktisch begründeten Lösungsvorschlag, der ihm später den unberechtigten, aber vor allem von den Sozialdemokraten geprägten, permanenten Vorwurf eines Versackungspolitikers einbrachte. Er wollte mit einer vorübergehenden Einstellung aller Zahlungen des Reichs an das besetzte Rheinland die französischen und belgischen Besatzer in Bedrängnis bringen und damit eine formelle Erklärung der deutschen Regierung verbinden, den Vertrag von Versailles gegenüber Frankreich und Belgien als aufgehoben zu betrachten. Jarres hoffte auf diese Weise, dass sich die Besatzer unter dem Druck der anderen Alliierten zu einer schnellen Lösung genötigt sahen. In seiner Argumentation stützte sich der Jurist Jarres auf internationales Recht, nach welchem die Besetzung deutscher Gebiete auch bei Nichterfüllung des Versailler Vertrags Unrecht sei. Dem Urteil britischer Kronjuristen folgend wollte er das Problem auf internationale Ebene heben und somit in der Weltgemeinschaft auf erlittenes Unrecht aufmerksam machen.

Jarres' Vorschlag wurde jedoch von der Arbeitnehmerseite strikt abgelehnt. Man hielt den Vorschlag für gefährlich und war der Überzeugung, dass ein solches Vorgehen weit über die Kräfte der Bevölkerung hinausgehe. Auch sein Parteifreund, Reichskanzler Gustav Stresemann lehnte den Vorschlag ab, denn er hatte nach wie vor die Hoffnung, durch Verhandlungen mit Poincaré zum Ziele kommen zu können.

Am 24. September 1923 fand in der Berliner Reichskanzlei eine Besprechung der Reichsregierung mit den Vertretern der Wirtschaftsverbände und den Organisationen des besetzten Rheinlands statt. Dabei befürwortete die überwiegende Mehrheit der Versammlung Stresemanns Auffassung und lehnte den von den Arbeitgebern unterstützten Vorschlag von Jarres ab. Der passive Widerstand wurde daraufhin offiziell 2 Tage später abgebrochen, allerdings ohne dass Verhandlungen mit Frankreich in Aussicht standen.

Zur gleichen Zeit ließen auch außerparlamentarisch die unterschiedlichsten Vorschläge zur Lösung des rheinischen Problems die politischen Wogen im Herbst 1923 hochschlagen. Von separatistischer Abspaltung des Rheinlands bis hin zur unerschütterlichen Treue zu Preußen war die Bandbreite der vehement vertretenen Varianten farbenreich und mehr oder weniger realistisch.

Als langjähriger und gerade in dieser Zeit höchst engagierter Präsident des Rheinischen Provinziallandtags befand sich Karl Jarres mit seinem Bekenntnis zu Preußen und mit der für ihn unabdingbaren Zugehörigkeit des Rheinlands zu Preußen in heftigem Widerstreit zu dem damaligen Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, der das Rheinland

von Preußen lösen und zur Beruhigung der Franzosen als eigenständige Provinz des deutschen Reichs sehen wollte. Der auch in der Öffentlichkeit ausgetragene Streit zwischen den beiden währte einige Jahre und fand erst 1925 in einer gemeinsamen Erklärung sein offiziöses Ende.

Auch zu Gustav Stresemann bestanden hinsichtlich der Rheinlandpolitik gewisse unterschiedliche Standpunkte. Trotzdem holte der Reichskanzler nach dem Ausscheiden der SPD aus der Regierung Jarres als Reichsinnenminister in sein zweites Kabinett. Es war die Zeit, als die Inflation ihren exorbitanten Höhepunkt erreichte (ein Brötchen kostete 3 Milliarden Mark), wertlos gewordenes Papiergeld in großen Massen zu Pappe verarbeitet wurde oder Kindern zum Herstellen von Drachenfliegern diente, die Erwerbslosenquote erheblich anstieg, Separatisten in Aachen und Mainz zur Bildung einer „Unabhängigen Rheinischen Republik“ aufriefen und Hitler gemeinsam mit Ludendorff in München einen rechtsradikalen Putsch versuchten. Das Deutsche Reich stand am Rande seiner politischen Existenz.⁵

In einer derart schwierigen Zeit baute Stresemann mit der Ernennung von Jarres auf die Popularität des engagierten Rheinländers und beabsichtigte mit dessen Ernennung zugleich eine stärkere Einbindung konservativer Kräfte.⁶ Keine drei Monate hatte Stresemanns erstes Kabinett bisher gehalten; nun musste er mit einem Minderheitenkabinett weiter regieren. Dies hielt bekanntlich auch nur 48 Tage. Doch in jener Zeit wurde am 15. November 1923 die wichtigste Entscheidung zur Einführung der Rentenmark und damit zur Gesundung der Marktwirtschaft gefällt. Die neue Währung entsprach damit wieder der Gold-gestützten Mark von 1914. Ein entscheidender Schritt war getan!

Stresemanns Nachfolger, der Zentrumspolitiker Wilhelm Marx, behielt Jarres im gleichen Amt und als Vizekanzler in seinen, 14 Monate überdauernden Regierungen bis Anfang 1925. Das Ende der Ära Marx fiel für Jarres mit der Aufhebung seiner Ausweisung aus dem nach wie vor besetzten Rheinland zusammen. Nun drängte es Jarres wieder zurück in die Kommunalpolitik, wo er als Oberbürgermeister lediglich „zwangsbedingt beurlaubt“ war. In dieser Tatsache ist auch die Erklärung zu sehen, weswegen Jarres trotz langjähriger enger Verbindungen auf kommunal- und reichspolitischer Ebene nicht mehr im Kabinett von Hans Luther vertreten war.

VI.

Doch kaum versah Jarres wieder das Amt des Duisburger Oberbürgermeisters, da starb Reichspräsident Friedrich Ebert. Die Amtsperiode Friedrich Eberts als Reichspräsident wäre sowieso am 30. Juni 1925 abgelaufen, wenn er nicht bereits am 28. Februar mit 54 Jahren an einer Bauchfellentzündung infolge einer nicht rechtzeitig behandelten Blinddarmentzündung gestorben wäre. Ebert hatte schon vor seiner Krankheit angedeutet, dass er sich nicht mehr einer Wiederwahl stellen wolle. Daher hatte der ehemalige preußische Innenminister Friedrich Wilhelm von Loebell als Vorsitzender des konservativen Reichsbürgerrats bereits zu Lebzeiten Eberts Möglichkeiten eines Einheitskandidaten ausgelotet. Es war ihm jedoch nicht gelungen, neben der Deutschen Volkspartei (DVP), der Deutsch-nationalen Volkspartei (DNVP), der Bayerischen Volkspartei (BVP), der neu gegründeten Wirtschaftspartei, des Reichslandbundes sowie den Wortführern aus Bank- und Industriekreisen auch das Zentrum und die Deutsche Demokratische Partei (DDP) mit ins Boot zu bekommen.

Nach dem plötzlichen Tod Eberts stand der Nominierungsausschuss nun unter enormem Zeitdruck. Er hatte nach etlichen Sitzung drei Kandidaten in der engeren Wahl: Reichswehrminister Otto Geßler, den Chef der Reichswehr General Hans von Seeckt, und den bisherigen Innenminister Karl Jarres. Für die Mehrheit der DVP und insbesondere ihren Vorsitzenden Stresemann kamen jedoch weder Geßler noch Seeckt in Frage, da man der Ansicht war, dass die Wahl führender Vertreter des Militärs die Außenpolitik stark gefährden würde. Der verständliche Argwohn Englands und Frankreichs bei einer Nominierung und schon gar bei einer Wahl des Reichswehrministers oder des Chefs der Heeresleitung würde unausweichlich großes Misstrauen erregen und damit die Verhandlungen über einen Sicherheitspakt erheblich erschweren oder gar zunichte machen. Die überzeugenden Argumente Stresemanns als Außenminister spielten dabei ein besonderes Gewicht.

Am 7. März 1925 sah es somit so aus, als wenn sich der Reichsblock auf Jarres als gemeinsamen Kandidat für die Reichspräsidentschaft einigen könne. Doch allen Erwartungen zum Trotz änderte sich die Situation überraschenderweise kurze Zeit später: Zentrum und DDP waren mit einem Mal bereit, dem Reichsblock unter der Bedingung einer Einigung auf Otto Geßler beizutreten. Geßler war Mitglied der DDP und im Gegensatz zu Jarres Katholik. Da Geßler auch von der DNVP und sogar von Teilen der DVP akzeptiert werden konnte, sah es in der Nacht zum 12. März während eines Sitzungsmarathons der führenden Parteigremien und des Loebell-Ausschusses nach einem mehrheit-

lichen Abrücken von einer Kandidatur Jarres aus. Die z.T. sehr emotional geführten, kontroversen Diskussionen spiegeln die verbohrtete Atmosphäre einer parteipolitisch zerstrittenen Situation im damaligen Deutschland wider.⁷ Nachdem Reichskanzler Luther am Mittag des 12. März im Reichstag noch einmal die Führer aller bürgerlichen Parteien empfangen hatte, schien das Pendel nun mehrheitlich zugunsten einer Einheitskandidatur Geßlers auszuschielen.

Dass es anders kam ist vor allem Gustav Stresemann zuzuschreiben.⁸ Er vermittelte den Teilnehmern des Loebell-Ausschusses am gleichen Tag den Eindruck der Alliierten, insbesondere Frankreichs, dass Geßler ein reines Werkzeug der Reichswehr darstelle. Obwohl Stresemann zugab, dass solche Meinungen überzogen seien und von falschen Voraussetzungen ausgingen, so glaubte er doch, die Kandidatur werde zweifellos zu einer außenpolitischen Belastung werden. Er ließ aus diesem Grunde auch Geßler direkt wissen, dass er aus seinem weiterhin bestehenden Vorbehalt gegen dessen Nominierung kein Geheimnis mache.⁹

Obwohl inzwischen auch das Zentrum nach zunehmender Unentschlossenheit von einer Kandidatur Geßler wieder abrückte, nahm die Reichstagsfraktion der DVP in einer turbulenten Sitzung offen gegen ihren Parteivorsitzenden Stellung und sprach sich weiterhin für Geßler aus. Daraufhin berief Stresemann wenige Stunden später den ansonsten selten in Aktion tretenden Reichsausschuss ein, der die entscheidende Instanz in der Partei darstellte, und in dem vor allem Vertreter der Wahlkreisverbände und die Parteibürokratie vertreten war. Dieser wiederum beschloss nach eindringlichen Ausführungen Stresemanns, Geßler abzulehnen und nach wie vor Jarres zu unterstützen. Dies bewegte hernach auch die Fraktion noch am gleichen Tag zum Umschwenken. Zur Vermeidung erbitterter innerparteilicher Auseinandersetzung wurde nun statt Geßler der 50-jährige Jarres endgültig als Kandidat für die Wahl zum Reichspräsidenten aufgestellt. Man darf dies als Sieg des Parteivorsitzenden Stresemann gegenüber seiner DVP-Fraktion im Reichstag verbuchen. Die Fraktion hatte eine empfindliche Niederlage erlitten.

Die DDP, die gemeinsam mit dem Zentrum die Geschlossenheit des rechts stehenden Bürgertums verhindert hatte, stellte nun mit dem Sozialpsychologen Willy Hellpach einen eigenen Kandidaten auf. Auch große Teile der BVP lehnten inzwischen eine Kandidatur von Jarres ab, da nach ihrer Meinung seine staats-, sozial- und kulturpolitischen Ansichten von denen der BVP weit abwichen.¹⁰ Sie gingen mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held in den Wahlkampf. Da das Zentrum Jarres ebenfalls nicht akzep-

tierte und mit dem ehemaligen Reichskanzler Wilhelm Marx einen eigenen Kandidaten aufstellte, brach die ursprünglich angestrebte bürgerliche Einheitsfront zusammen.

Die sozialdemokratische Seite lehnte Jarres von vorneherein wegen seiner umstrittenen Haltung zur Lösung des Ruhrkampfes ab. Ihr Kandidat war der preußische Ministerpräsident Carl Otto Braun. Die SPD war der Meinung, dass der Weg von Jarres im Ruhrkampf zu einem totalen Bruch mit Frankreich geführt hätte und somit die Einheit des Reiches gefährdet hätte. Vor allem sie waren es, die ihm polemisch vorwarfen, seine damalige Haltung beruhe auf Motiven, die die Merkmale einer Versackungspolitik trügen. Hindenburg, der bereits im Vorfeld der Wahl von der DNVP als möglicher Kandidat genannt wurde, ließ durch die Presse noch drei Tage vor der Wahl mitteilen: „Aus mir unbekanntem Gründen, vielleicht in der Absicht, dadurch eine Zersplitterung der Stimmen herbeizuführen, ist in den letzten Tagen das falsche Gerücht verbreitet worden, dass ich für mich den Präsidentenposten erstrebe. Ich erkläre demgegenüber, dass ich nach wie vor unentwegt an der Kandidatur Jarres festhalte“.¹¹ Jarres konnte somit auf die Unterstützung der DVP, großen Teilen der DNVP, der Wirtschaftspartei, der Vaterländischen Verbände und des Deutschen Offizierbunds bauen.

Der extrem kurze Wahlkampf dauerte nur 11 Tagen. Bei den Wahlen am 29. März 1925 erhielt Jarres mit 38,8% aller Stimmen im Vergleich zu Braun (SPD) mit 29,0% und Marx (Zentrum) mit 14,5% eindeutig die meisten Stimmen¹², jedoch nicht die absolute Mehrheit. Der extrem kurze, aber sehr harte, häufig diffamierende und stark ideologisch geprägte Wahlkampf machten die politische Zerrissenheit des deutschen Volkes und die kompromissfeindliche Haltung der meisten Parteien sichtbar.¹³ Für den 26. April musste nun ein zweiter Wahlgang angesetzt werden.

VII.

Jarres war weiterhin gewillt, trotz mancher Diskriminierungen während des zurückliegenden Wahlkampfes weiterhin als Kandidat für den weiteren Wahlgang zur Verfügung zu stehen.¹⁴

Während die große Mehrheit der DVP und auch viele deutschnationale Politiker zunächst an einer weiteren Kandidatur von Jarres festhielten¹⁵, scherten von nun an etliche Mitglieder der DNVP aus und schlugen erneut den ehemaligen Generalfeldmarschall und inzwischen 78-jährigen, zurückgezogen lebenden Paul von Hindenburg vor. Doch dieser sprach sich zunächst erneut und unzweideutig für Jarres aus, zog dann

aber auf vielfaches Drängen hin eine eventuelle Kandidatur unter der Voraussetzung der uneingeschränkten Unterstützung aller im Reichsblock vereinten Parteien in Erwägung. Als nach diesem Signal eines denkbaren Wandels die Deutschnationalen gemeinsam mit der Bayerischen Volkspartei abzuspringen drohten, sich andererseits die Weimarer Koalition aus Zentrum, DDP und SPD unter dem Namen „Volksblock“ auf den weithin bekannten Zentrumspolitiker Wilhelm Marx einigten¹⁶, kam bei der DVP kurzzeitig der Gedanke auf, einem drohenden Fiasko dadurch zuvorzukommen, indem die Amtszeit des stellvertretenden Reichspräsidenten, des parteilosen Walter Simons, verlängert werde. Dies hätte allerdings das Einverständnis nahezu aller Parteien vorausgesetzt, was unmöglich zu erreichen war. Immer unsicherer schien eine Einigung auf einen gemeinsamen Kandidaten Karl Jarres unter den gegebenen Bedingungen, da die Parteien untereinander kaum mehr konsensfähig waren und selbst in den eigenen Reihen oft keine einheitliche Linie fanden.

Bei der DVP und insbesondere bei ihrem Parteivorsitzenden Stresemann war der Vorbehalt gegen die von den Deutschnationalen betriebene Kandidatur Hindenburgs unvermindert: der Generalfeldmarschall personifiziere für das Ausland in ganz besonderem Maße den deutschen Militarismus und bedeute eine noch größere außenpolitische Belastung, als Seeckt oder Geßler sie dargestellt hätten.

Unter Kenntnis dieses Widerstands kam Hindenburg am Abend des 6. April daher zu dem Entschluss, aufgrund der fehlenden Unterstützung durch die DVP von einer Kandidatur Abstand zu nehmen. Er ließ die Leitung des Reichsblocks in Berlin am Morgen des 7. April zunächst telegraphisch wissen, „dass ich wegen meines hohen Alters den verantwortungsvollen Posten des Reichspräsidenten zu übernehmen nicht in der Lage bin. Ich halte unentwegt an der Kandidatur Jarres fest und spreche die dringende Bitte an alle aus, denen das Vaterland über der Partei steht, sich mir anzuschließen und dadurch eine verhängnisvolle Zersplitterung zu verhüten.“¹⁷ Am Mittag des 7. April konnte man in der Berliner Presse¹⁸ lesen, dass die Kandidatur Hindenburgs nun endgültig erledigt sei.

Trotz alledem erreichte Großadmiral Alfred von Tirpitz, DNVP-Mitglied des Reichstags, im Auftrage seiner Partei zur allgemeinen Überraschung noch am späten Nachmittag desselben Tages, Hindenburg zunächst von der Veröffentlichung seiner bereits dem Reichsblock übermittelten Entscheidung abzuhalten. Gleichzeitig wurde erreicht, die Bayerische Volkspartei, die Deutsch-Hannoversche Partei, die Wirtschaftspartei und Tei-

le der „Vaterländischen Verbände“ eindeutig auf die Linie gemeinsam mit den Deutschen nationalen zu bringen und ebenfalls für Hindenburg zu votieren.

Auf Grund dieser Entwicklung zog Jarres seine nun aussichtslos erscheinende Kandidatur zurück. 19 Unmittelbar nach dieser Entscheidung des 8. Aprils setzte sich Jarres mit seinem Parteivorsitzenden Stresemann in Verbindung. „Ich konnte das unwürdige Schauspiel nicht länger ansehen und habe deshalb die Endentschließung, die ja doch wohl unvermeidlich war, beschleunigt. Hoffentlich ist nun durch dieses Parteienspiel die Gesamtrichtung der Politik nicht zu sehr gefährdet“²⁰, äußerte er gegenüber Stresemann.

Hindenburg nahm die Nominierung unter der Bedingung an, dass Jarres ihm die Kandidatur offiziell und persönlich antrage. Dies tat Jarres unverzüglich noch am gleichen Tag.²¹ Hindenburg bedankte sich: „Unendlich bedauere ich den ungünstigen Stand Ihrer Wahlaussichten, der Sie veranlasst hat, in so hochherziger Weise zurückzutreten. Sie können es sich denken, dass mir der Entschluss nicht leicht gefallen ist, Ihr Nachfolger zu werden. Lediglich mein Pflichtgefühl, nicht eigene Neigung ließ mich das Anbieten annehmen. Gott gebe, dass ich, wenn meine Wahl wirklich erfolgen sollte, dem treuen Vaterlande am Ende meines Lebens noch etwas von Nutzen sein kann.“²²

Da die DVP durch diese unvorhergesehene Situation nun keinen eigenen Kandidaten mehr hatte, war ihr bisheriger Vorbehalt gegenüber einer Kandidatur Hindenburgs zu überdenken. Trotz anhaltender Bekräftigungen einer weiteren Unterstützung von Jarres fand sie sich letztendlich im Interesse der weiteren Geschlossenheit der Rechten widerwillig mit einer Kandidatur Hindenburg ab. Nach einer stürmischen Sitzung an jenem schicksalhaften 8. April gab die DVP folgende Erklärung ab: „Die Deutsche Volkspartei hält nach wie vor an ihrer durch den Parteivorstand in voller Einmütigkeit mit der Reichs- und Landtagsfraktion vertretenen Auffassung fest, dass auch für den zweiten Wahlgang Dr. Jarres der gegebene Kandidat für den Reichsblock ist. [...] Mit Rücksicht darauf, dass die anderen im Reichsblock vertretenen Parteien und Organisationen sich von der Kandidatur Hindenburgs nicht haben abbringen lassen, hat die Deutsche Volkspartei im Interesse des Fortbestehens der Geschlossenheit von der Aufstellung eines Sonderkandidaten Jarres abgesehen. Die Verantwortung müssen wir unter diesen Umständen denen überlassen, die sich für eine Umstellung der Kandidatur im zweiten Wahlgang eingesetzt haben.“

Der Vorsitzende der DVP, Gustav Stresemann, befand sich dabei in der paradoxen Situation, den Kandidaten abzulehnen, den Teile seiner eigenen Partei billigten.²³ Seine Befürchtungen waren nicht unberechtigt. Als Außenminister befürchtete Stresemann, eine Welle antideutschen Ressentiments und unvermeidlicher Verstimmung könnte bei den noch schwebenden Verhandlungen über den Sicherheitspakt besonders in Frankreich alle diplomatischen Pläne in Frage stellen oder gar zunichte machen. Zugleich vermutete er aus den Vereinigten Staaten heftige Reaktionen, welche die so lebenswichtigen Zusagen amerikanischer Kredite nach dem Inkrafttreten des Dawes-Plans bedrohen könnten.

Noch am 19. April, eine Woche vor der Wahl, vertraute Stresemann einem Freund an, er erwarte, dass durch eine Wahl Hindenburgs alles, was er in seinen zwei Jahren als Außenminister erreicht habe, zerstört werden würde. Die Konsequenzen einer solchen Entwicklung würden bestimmt katastrophal sein. Sein einziger Trost sei es, dass Hindenburg ja doch wohl nicht gewählt werde.²⁴

Bekanntlich wurde Hindenburg am 26. April 1925 mit 48,3% aller Stimmen gewählt.²⁵ Marx erhielt 45,3% und Thälmann 6,4%. Die Würfel waren gefallen.

VIII.

Karl Jarres zog sich nach 1½-jährigem, unfreiwilligem Ausflug in die Reichspolitik nun wieder auf das Gebiet der Landes- und Kommunalpolitik zurück und konzentrierte sich vorwiegend auf die Fortsetzung seiner Tätigkeit als Oberbürgermeister von Duisburg. In diesem Berufsfeld war er zuhause, hier hat er sich einen Namen weit über die Grenzen des Rheinlands gemacht. Karl Jarres war ein Rathauspolitiker mit Herz und Seele. Nicht nur als Oberbürgermeister, auch als Innenminister war er in schwierigsten Zeiten vielfach Anwalt rheinischer Kommunen. Er konnte seine kommunalen Aktivitäten ohne Einschränkungen wieder aufnehmen²⁶, eine Tätigkeit, die er noch weitere 8 Jahre ausüben sollte.

Sein Amt als Oberbürgermeister von Duisburg verlor er dann nach 19-jähriger Tätigkeit zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, ebenfalls das Amt als Präsident des Rheinischen Provinziallandtags, das er 12 Jahre lang innehatte. Peter Klöckner berief den „arbeitslosen“ Karl Jarres 1934 in den Aufsichtsrat der Klöckner Werke. Er wurde später Aufsichtsratsvorsitzender der Klöckner-Werke und der Demag, sowie einiger weiterer Industrieunternehmen.

Nach dem Krieg war er führend beteiligt an den komplizierten Entflechtungsprozessen in der Stahlindustrie. Zusammen mit Robert Pferdmenges hat er sich in jener schweren Zeit nach dem Zusammenbruch mit größter Tatkraft und Einsatzbereitschaft der Erhaltung und des Wiederaufbaus der rheinischen Industrie angenommen.²⁷

Den Neubeginn einer funktionstüchtigen Demokratie, die nach dramatischen Zeiten in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts nun seit über 60 Jahren einen soliden Bestand hat, hat Jarres noch 6 Jahre lang miterlebt. Trotz erheblicher Meinungsverschiedenheiten mit Konrad Adenauer in der Rheinlandpolitik des Jahres 1923 hat er dessen enorme Verdienste beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland immer wieder betont und gewürdigt. Daher verfügte er testamentarisch, dass sein Nachlass erst 25 Jahre nach seinem Tod geöffnet werden dürfe. Mit dieser Maßnahme wollte er dem Ansehen Adenauers nicht schaden und zollte dessen Leistung beim Aufbau eines demokratischen Systems in Deutschland seinen vollen Respekt.

1951 starb der 77-Jährige in Duisburg.

VIII.

Lassen Sie mich abschließend einige typische Charaktereigenschaften von Karl Jarres im Hinblick auf seinen Weg vom Kaiserreich zur Weimarer Republik beleuchten.

Als Nationalliberalem waren Jarres die Bekenntnisse zum Vaterland und zur deutschen Heimat zeit seines Lebens niemals leere Worthülsen, sondern Inhalte hoher moralischer Wertigkeit. Sie sollten ihn insbesondere in Zeiten totalen politischen und sozialen Umbruchs auf seinem Lebens- und Berufsweg leiten und bewegen. In geradezu leidenschaftlichem Einsatz setzte er sich immer wieder für die nationale Einheit ein. Statt verhängnisvoller Entwicklungen der Zersplitterung trat er für die „Nationale Bewegung“ ein, den einheitlichen deutschen Volkskörper als politisches Fernziel. Diese seine Einstellung zeigt sich auch während seiner gesamten kommunalen Tätigkeit, wo es immer wieder galt, durch Partnerschaften und Arbeitsgemeinschaften Grundlagen für erfolgreiche Koalitionen herzustellen.

Stark ausgeprägt war seine Vaterlandsliebe: In den schwierigen Kriegsjahren leistete Jarres einen rastlosen Einsatz bis zur Erschöpfung. Er nannte es „Kriegsdienst in der Festung Deutschland, die durch Hunger nicht fallen wird.“. Er kritisierte den Vorschlag des „Interfraktionellen Reichstagsausschusses“, den Alliierten schon 1917 ein Friedensangebot zu machen und damit den Krieg zu einer Zeit vermeintlicher militärischer

Überlegenheit zu beenden. Jedoch die anmaßenden Forderungen des Gegners machten bekanntlich alle weiteren Bestrebungen um Friedensgespräche zunichte.

Golo Mann beschrieb die verfahrenere Lage wie folgt: „Wie ein Bergsteiger, der sich verstieg hat, nahe dem Gipfel an einer steilen Wand hängt, nicht hinauf kann, aber auch nicht hinunter mag, weil auch der Abstieg gefährlich ist, und weil dann alle bisherige Mühe und Qual umsonst gewesen wäre - so kann Deutschland im Jahre 1917 weder Frieden machen noch siegen.“²⁸ Durch irrealer Selbsteinschätzung und übertriebenes Nationalbewusstsein wurde die Chance einer Kriegsbeendigung unter Wahrung einer Chance von Ebenbürtigkeit der Kontrahenten vertan.

Bezeichnenderweise war auch Jarres als Nationalliberaler der Ansicht, die Reaktion der Feinde auf die deutschen Friedensangebote sei erniedrigend und daher inakzeptabel. Die Wilson'sche Forderung nach Rücktritt des Hohenzollernhauses von der Reichslenkung im Herbst 1917 löste bei ihm helle Empörung aus.²⁹ „Wer unseren Kaiser und sein Haus antastet, greift uns an! [...] Ein Bekenntnis zu ihm und zu unserem Recht sei die stolze Antwort, die wir auf die amerikanische Anmaßung geben.“ Welch eine lebensfremde Gloriole in düsteren und entbehrungsreichen Jahren! Welch eine Verkennung der Lage! Welch ein utopischer Glaube! Im Nachhinein schwer verständlich; damals jedoch so etwas wie ein willkommenes mentales Korsett für die geschundenen Menschen. Wie kann man ein solch patriotisches Bekenntnis zu Kaiserreich und Preußen im Vorfeld eines sich anbahnenden systemischen Umsturzes verstehen? Wie konnte ein kompetenter und logisch Denkender wie Karl Jarres einem derartigen Chauvinismus glaubwürdig verfallen? Zwei wesensverwandte Motive könnten die Begründung liefern: einerseits seine traditionell ausgerichtete Lebensanschauung auf der Basis seiner humanistischen Bildung, seiner burschenschaftlichen Prägung und seiner nationalliberalen Einstellung; andererseits seine unbedingte Treue und sein Pflichtbewusstsein gegenüber tradierten Werten. Speziell mit Preußen verbanden ihn die so genannten „preußischen Tugenden“ wie Zuverlässigkeit, Geradlinigkeit, Durchhaltevermögen und Fleiß.

Zum Schluss noch, kurz ein Blick auf Jarres' parteipolitischen Standort: Die Deutsche Volkspartei wurde am Ende des Ersten Weltkriegs die politische Heimat des bisherigen Nationalliberalen Karl Jarres. Ende 1918 aus dem rechten Flügel der Nationalliberalen Partei und der Fortschrittspartei hervorgegangen, vertrat die DVP den rechten Flügel des Liberalismus und stützte sich auf Kreise des national gesinnten Bürgertums und der Wirtschaft. Sie positionierte sich nach dem Zusammenbruch zunächst als Befürworter

einer konstitutionellen Monarchie und zeigte anfangs noch eine deutliche Zurückhaltung gegenüber einer parlamentarischen Demokratie. Erst nach 1920 rückte die DVP von der Vorstellung einer konstitutionellen Monarchie ab und stand fortan fest zur republikanischen Verfassung.

Als Mann der rechten Mitte war für Jarres in monarchistischen ebenso wie in republikanischen Zeiten die Stabilisierung der politischen Verhältnisse durch Bildung politischer Koalitionen immer ein vordringliches Thema, egal ob im Staat oder in der Gemeinde. Als er 1926 vor den Wahlen zum Reichstag nochmals öffentlich hervortrat und für eine Koalition der bürgerlichen Parteien rechts der Mitte plädierte, brachte ihm dies den Zorn Stresemanns ein, der der Auffassung war, dass eine solche rechte Koalition zur Neugründung einer linksliberalen Partei und durch Abwanderung eigener Wähler zur Bedeutungslosigkeit der DVP führen werde.

Dementsprechend kam es zu einem solchen Bündnis nicht. Jarres hat zwar weiterhin die Auffassung eines dringend erforderlichen Zusammenschlusses der bürgerlichen Parteien bis hinein in die nationalsozialistische Herrschaft hinein aus seiner Grundüberzeugung heraus vertreten, aber er ist damit nicht mehr in die Öffentlichkeit getreten.

Es ist erstaunlich, wie Jarres während des zusehends erkennbar werdenden Faschismus' immer noch Hoffnungen in eine korrigierende Mitwirkung bürgerlicher Parteien an der Gestaltung deutscher Politik hatte. Hat er wirklich nicht gesehen, mit welcher rasanten Fahrt das Staatsschiff auf ein anderes Ziel zusteuerte, als er es erwartete? Die Sympathien weiter Kreise der Bevölkerung für den Nationalsozialismus wurden immer deutlicher.

Währenddessen versagten die bürgerlichen Parteien der Mitte, da sie tragischerweise keine Gemeinsamkeiten gegen die extremen Außenseiten fanden und zu tragfähigen Koalitionen nicht fähig waren.

Karl Jarres hatte Teil an diesem Drama. Sein Engagement war zwar beispielhaft, sein Einsatz äußerst mutig, sein Wille ehrenhaft, seine Professionalität unbestreitbar, seine Vaterlandsliebe trotz heftigster Wirbelstürme ungebrochen. Aber er musste letztendlich deprimiert mit ansehen, wie das Staatsschiff einen anderen Kurs nahm, als er ihn sich vorgestellt und an verschiedenen Stellen der Kommandobrücke einige Zeit mitgestaltet hatte.

Karl Jarres war ein wahrhafter Zeitzeuge auf einem ereignisreichen Lebensweg aus einer behüteten Zeit in eine stürmische Zukunft, vom Kaiserreich hin zur Republik.

Literatur

- 1 Jarres, Karl: Rede in der Berliner Philharmonie anlässlich des Wahlkampfes um das Amt des Reichspräsidenten, Kölnische Zeitung vom 19.3.1925
- 2 Hardach, Karl: Die Erbschaft des Ersten Weltkrieges. In: Cipolla, Carlo M., Borchardt, Knut (Hrsg.): Europäische Wirtschaftsgeschichte. Band 5: Die europäischen Volkswirtschaften im zwanzigsten Jahrhundert. Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1986, S. 52
- 3 Jarres, Karl: Brief an den Regierungspräsidenten vom 10.4.1920
- 4 Morgenpost vom 30.1.1923
- 5 Haffner, Sebastian: Von Bismarck zu Hitler. Kindler Verlag, München 1987, S. 189
- 6 Thimme, Roland: Stresemann und die deutsche Volkspartei 1923-1925. Hrsg. Wilhelm Berges u.a.: Historische Studien, Heft 382, Matthiesen Verlag, Lübeck - Hamburg 1961, S. 27
- 7 Hauss, Hanns-Jochen: Die erste Volkswahl des Deutschen Reichspräsidenten. Reihe Münchener Universitätsschriften, Bd. II, Verlag Michael Lassleben, Kallmünz 1965, S. 57
- 8 Turner, Henry Ashby jr.: Stresemann – Republikaner aus Vernunft. Verlag Annedore Leber, Berlin – Frankfurt 1968, S. 188
- 9 Stresemann, Gustav: Vermächtnis, Band II, S. 44 und Brief an Geßler vom 11.3.1925
- 10 Bremer Nachrichten vom 13.3.1925
- 11 Berliner Lokal-Anzeiger und „Zeit“ (u.a.) vom 24.3.1925
- 12 Winkler, Heinrich August: Weimar 1918-1933, Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, Verlag C.H. Beck, München 1998, S. 279
- 13 Thimme, Roland: Stresemann und die deutsche Volkspartei 1923-1925. Hrsg. Wilhelm Berges u.a.: Historische Studien, Heft 382, Matthiesen Verlag, Lübeck - Hamburg 1961, S. 125
- 14 Brief von Karl Jarres an den ehemaligen Chefredakteur der Kölnischen Zeitung vom 20.4.1925
- 15 BArch R 43 /584 (Wahl des Reichspräsidenten 1925): Parteiführerbesprechungen im Reichstag über einen Kandidaten der bürgerlichen Fraktionen vom 3. April 1925
- 16 Aufruf des „Volksblocks“ der Weimarer Koalition zur Präsidentenwahl, April 1925. In: Michalka, Wolfgang; Niedhart, Gottfried (Hrsg.): Deutsche Geschichte 1918-1933 – Dokumente zur Innen- und Außenpolitik. Fischer Verlag, Frankfurt 1992, S. 147 f
- 17 Hindenburg, Paul von: Die Zeit vom 8.4.1925; Thimme, Roland: Stresemann und die deutsche Volkspartei 1923-1925. Hrsg. Wilhelm Berges u.a.: Historische Studien, Heft 382, Matthiesen Verlag, Lübeck - Hamburg 1961, S. 129

- 18 B.Z. und Berliner Lokalanzeiger vom 7.4.1925
- 19 General-Anzeiger vom 7. April 1925: Dr. Jarres ist verstimmt. Die Konfusion im Reichsblock – Loebell will zurücktreten
- 20 Brief von Jarres an Stresemann vom 15.4.1925, Nachlass 3166, 23, 158 721
- 21 Hauss, Hanns-Jochen: Die erste Volkswahl des Deutschen Reichspräsidenten. s.o., S. 148
- 22 Paul von Hindenburg: Telegramm vom 8.4.1925 an Karl Jarres
- 23 Stresemann, Wolfgang: Mein Vater Gustav Stresemann. Herbig Verlagsbuchhandlung, München – Berlin 1979, S. 349 ff
- 24 Kessler, Harry Graf: Tagebücher, S. 435 ff
- 25 Winkler, Heinrich August (s.o) S. 281
- 26 Dünnebacke, Paul-Heinz: Karl Jarres im Kaiserreich und in den ersten Jahren der Weimarer Republik. Inaugural-Dissertation, Westfälische Wilhelms-Universität, Münster 1974, S. 429
- 27 Henle, Günter: Weggenosse des Jahrhunderts – Als Diplomat, Industrieller, Politiker und Freund der Musik. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1968, S. 82 ff
- 28 Mann, Golo: s.o., S. 163
- 29 Rhein- und Ruhr-Zeitung vom 13.9.1917: Ein Protest der Duisburger Bürgerschaft gegen amerikanische Annäherung